

**Zusammenstellung der Antworten
der Verwaltung
zu den
Anfragen / Anregungen
zum Haushalt 2011**

Stand: 03. Februar 2011

Fachbereich 20

**Anfrage der Fraktion Die Linke zum Haushalt 2011;
Dienstwagen**

Zur o. a. Anfrage berichte ich wie folgt:

Frage 1: Wie viele und welche Dienstwagen existieren bei der Stadtverwaltung?

Antwort: Es existieren etwa 200 Personenkraftwagen und Kleintransportfahrzeuge bei der Stadt Braunschweig.

Frage 2: Wie viele und welche Dienstwagen existieren bei den städtischen Unternehmen?

Antwort: Bei den städtischen Gesellschaften sind ca. 70 Personenkraftwagen und Kleintransportfahrzeuge im Einsatz.

Die Fragen

- 3 Wie hoch waren die Anschaffungskosten für diese Dienstwagen?
- 4 Wie hoch sind die Unterhaltungskosten für den Einsatz der Dienstwagen?
- 5 Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt der Einsatz von Dienstwagen in einer Stadt, in der fußläufig, per Rad oder mit dem ÖPNV jedes Ziel erreichbar ist?
- 6 Wer ist berechtigt, einen Dienstwagen zu benutzen?
- 7 Woraus ergibt sich diese Berechtigung?
- 8 Für welche Fahrten wurden Dienstwagen in 2010 genutzt?

können kurzfristig nicht beantwortet werden.

Die Beantwortung dieser Fragen ist angesichts der o. a. Zahl mit einem ganz erheblichen Aufwand für die Verwaltung und für die Gesellschaften verbunden. Es wird eine detaillierte Umfrage in der Verwaltung und in den Gesellschaften durchgeführt werden, sowie auch eine Auswertung aller Fahrtenbücher. Das wird Zeit dauern, da andere Angelegenheiten Vorrang haben.

gez. Lehmann

Lehmann
Erster Stadtrat

Anfrage Nr. 4

FB 65
65.1

Städt. Bauverwaltung
- Fachbereich Finanzen -
Eing. 25. Jan. 2011
Abt. 0000.11-11/11/11

25. Januar 2011
Sachb.: Frau Springhorn
Tel.: 65 50
Fax: 65 05

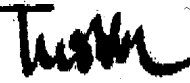
01.07.2011 /sf Dr. Kon. 01.02.
über Dez. III 25. Jan. 2011 SD.

FB 20

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2011
Anforderung eines Zeit- und Kostenplanes
für die GS Edith-Stein, Mehrzweckhalle

Die Bauverwaltung hat die Notwendigkeit, das Schulgrundstück (GS Edith Stein) am Nicolaiplatz aus städtebaulichen Gründen zu bebauen, bereits in der Vergangenheit bestätigt. Der Bedarf an Mehrzweckhallen u. a. für die Innenstadtschulen ist ebenfalls bekannt.

Angesichts des Instandhaltungszustaus an Schulen wurde der Schulsanierung in der Bauverwaltung oberste Priorität eingeräumt, so dass das o. g. Projekt insbesondere durch das KP II-Programm (2009/10) und das aktuelle Schulsanierungsprogramm angesichts der begrenzten Ressourcen zurückgestellt wurde.

Knobbe 

Anfrage Nr. 5

Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister FB Feuerwehr 37 -012	Drucksache 11396/10	Datum 20.12.2010
Mitteilung	Beteiligte FB /Referate /Abteilungen	
Beratungsfolge	Sitzung	
	Tag	Ö N
Bau- und Feuerwehrausschuss	12.01.2011	X

Überschrift, Sachverhalt

Sachstandsbericht zum Thema „Umstellung auf Digitalfunk“

Für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wird zurzeit bundesweit ein einheitliches digitales Funknetz im TETRA-Standard von der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) aufgebaut. In den Bundesländern wurden Projektgruppen eingerichtet. Im Land Niedersachsen ist die Projektgruppe Digitalfunk BOS Niedersachsen (PGDiNi) bei der Zentralen Polizeidirektion in Hannover mit der operativen Systemeinführung beauftragt.

Ziel dieses neuen Funkstandards soll eine verbesserte und abhörsichere Kommunikation der Einsatzkräfte sein.

Bei den Planungen und der Umsetzung des Projektes kam es aus unterschiedlichen Gründen immer wieder zu Verzögerungen. Ursprünglich war angedacht, das neue Funknetz zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 betriebsbereit zu haben.

Die Kosten der Netzerrichtung werden vom Bund und den Ländern getragen. Die späteren Nutzer werden nach aktuellen Planungen Nutzungsentgelte zahlen müssen. Die Höhe der Nutzungsentgelte für die Stadt Braunschweig (Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz) stehen noch nicht fest, ersten Hinweisen nach werden sie jedoch in der Größenordnung von ca. 100.000 € pro Jahr liegen.

Nach aktuellen Planungen geht der Einführungsbeauftragte Digitalfunk der Polizeidirektion Braunschweig davon aus, dass im zweiten Halbjahr 2012 mit dem erweiterten Probetrieb im Bereich Braunschweig begonnen werden kann. Dafür wird mit einem Zeitraum von 6 Monaten gerechnet. Danach geht das Netz in den Wirkbetrieb und kann von Nutzern real (ohne Redundanz) genutzt werden.

Die Inbetriebnahme des Digitalfunknetzes (frühestens 1. Halbjahr 2013) ist zugleich die früheste Möglichkeit für einen Anschluss der Integrierten Regionalleitstelle Braunschweig/Peine/Wolfenbüttel (IRLS) an die TETRA-Vermittlungsstelle über sogenannte Logische Schnittstellen (LS) und Datenleitungen. Diese Anbindung ist notwendig, um die Vorteile des TETRA-Funks nutzen zu können. Im Niedersächsischen Innenministerium wird zurzeit ein Rahmenkonzept für die Anbindung von Leitstellen generiert. Die Kosten für die Aufschaltung einer Leitstelle liegen nach Auskunft des Einführungsbeauftragten zwischen 150.000 € und 400.000 €. Hinzu kommen weitere Hard- und Softwarekosten im Bereich des Leitrechners und des Telefon-Funk-Verbindungsservers zwischen 200.000 € und 300.000 €. Aufgrund der Dynamik in dem Digitalfunkmarkt können die Kosten zurzeit noch nicht genauer ermittelt werden.

Bei der Migration vom derzeit genutzten Analogfunknetz zum neuen TETRA-Funk müssen sämtliche Funkgeräte der 150 Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes der Stadt Braunschweig gegen neue Funkgeräte getauscht werden. Die Umrüstkosten werden pro Fahrzeug bei ca. 1.500 € bis 1.750 € liegen.

In die Investitionsplanung der Stadt sind für die Umstellung auf Digitalfunk Mittel in Höhe von insgesamt 950.000 € für die Jahre 2013 und 2014 aufgenommen worden. Die derzeitigen Migrationsplanungen sehen vor, die IRLS im Jahr 2013 zu ertüchtigen und im Jahr 2014 die Fahrzeuge umzurüsten.

I. V.

gez.

Lehmann
Erster Stadtrat

Anfrage Nr. 6

Dezernat V

21. Jan. 2011

An den Rat der Stadt Braunschweig zur Haushaltslesung 2011

Anfrage/Anregung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2011

Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel im Bereich Zuwendungen Seniorenbegegnungsstätten - hier: Schaffung einer halben Verwaltungsstelle für die Begegnungsstätte Am Wasserturm

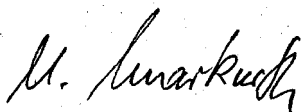
Anfrage:

Wie ist die Position der Verwaltung zum Antrag des **Deutschen Roten Kreuzes (DRK)** auf Förderung einer Verwaltungsstelle im Umfang von 15 Wochenstunden für die **Begegnungsstätte "Am Wasserturm"** (Kostenpunkt: **19.250 €** zusätzlich)?

Antwort der Verwaltung:

Im Budget stehen keine Mittel zur Verfügung. Inhaltlich ist der Antrag nachzuvollziehen und wird grundsätzlich befürwortet.

In der Konsequenz würde mit Zustimmung ein Präzedenzfall geschaffen. Alle anderen Begegnungsstätten, die bisher auch nicht entsprechend gefördert werden, müssten unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung ebenfalls Mittel zur Finanzierung von Verwaltungsstellen bekommen. Hierfür fehlen die Haushaltsmittel.



Markurth

Anfrage Nr. 7

Haushaltsplanung 2011

Hier: Anfrage Nr. 7 Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema Hilfen zur Erziehung
Jugendhilfeausschuss am 13. Januar 2011

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Jugendhilfeleistungen ambulant, und stationär- inkl. Inobhutnahmen	Plan	Ist Stand 21. Dez. 2010	Plan /Ist
2008	14.060.000 €	14.460.000 €	- 400.000 €
2009 *	14.070.000 €	15.730.000 €	- 1.660.000 €
2010	14.640.000 €	15.390.000 €	- 750.000 €

* Auf Grund der Fallzahlsteigerung, insbesondere im Bereich der ambulanten Hilfen und Inobhutnahmen wurden die Planansätze überschritten. In 2010 wurden die Planansätze um insgesamt 700.000 EUR erhöht. Für 2011 ist eine weitere Erhöhung um 800.000 EUR im Rahmen der zwingenden Ansatzveränderungen vorgesehen.

	Plan	Ist Stand 21. Dez. 2010	Plan /Ist
Beratung**			
2008	1.392.000 €	1.390.000 €	2.000 €
2009	1.392.000 €	1.388.000 €	3.000 €
2010	1.470.000 €	1.479.000 €	- 9.000 €

** Unter Beratung werden die Zuschüsse für MondoX, BEJ, DRK-Beta, VAMV, Deutscher Kinderschutzbund und ab 2010 das Mütterzentrum abgebildet.

Anfrage Nr. 8

Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister FB Stadtplanung und Umweltschutz 0600	Drucksache 11363/10	Datum 14.12.2010
Mitteilung	Beteiligte FB /Referate /Abteilungen Fachbereich 20	
Beratungsfolge	Sitzung	
	Tag	Ö N
Planungs- und Umweltausschuss	22.12.2010	X

Überschrift, Sachverhalt

Haushaltsplan 2011

- Anfrage / Anregung zum Haushalt – Wesentliches Produkt Klimaschutz

Mit der als Anlage beigefügten Anfrage / Anregung zum Haushalt 2011 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angeregt, die Leistung Klimaschutz als „Wesentliches Produkt“ im Haushaltsplan 2011 auszuweisen.

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Wie mit Schreiben des Dez. II vom 7. Juni 2010 an die Fraktionen dargestellt, würden Änderungen an den wesentlichen Produkten bzw. ihren Kennzahlen im Enddruck des Haushaltsplanes 2011 berücksichtigt werden, sofern der Rat einer entsprechenden Beschlussempfehlung folgt. Dies setzt voraus, dass das vorgeschlagene wesentliche Produkt bereits als Produkt geführt wird.

Die Aufgabe Klimaschutz wird bisher weder als Produkt, noch in der untergeordneten Leistungsebene einzeln erfasst, sodass es an einer Grundlage für die Ermittlung der Plandaten fehlt.

Zunächst müsste daher die Umgestaltung des Produktplans erfolgen. Auf der Basis der danach gewonnenen Daten könnte dann die Darstellung als wesentliches Produkt vom Haushaltsjahr 2012 an vorgesehen werden.

Die Verwaltung schlägt dies allerdings nicht vor, zumal die Bildung einer geeigneten Kennzahl zur Zielerreichung schwierig ist.

I. V.

gez.

Sommer

Anfrage Nr. 9

FB 67
67.0

Städt. Verwaltung
- Bürgerbüro -
Eing: 25.01.2011
Ass: 0200.11 - 1/3 v. i.

24.01.2011
Sachb.: Frau Finze-Raulf
Tel.: 49 10
Fax.: 49 99

FB 20

über

Dez. VII

25.01.2011

26.01.2011

1/3 v. i.
K=01.02.

Anfrage lfd. Nr. 9 zum Haushalt 2011

DIE LINKE fragt an:

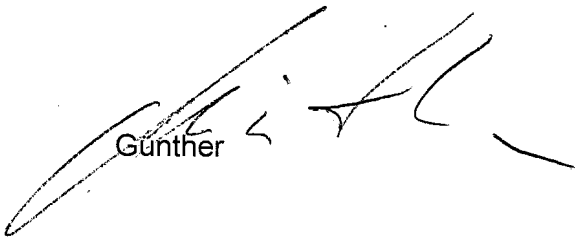
Ausstattung der Spielplätze

1. Welche und wie viele Spielgeräte wurden auf den Spielplätzen der Stadt in den letzten 5 Jahren entfernt und aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht ersetzt?
2. Wie hoch sind die Mehrausgaben, wenn diese Spielgeräte wieder angeschafft werden?

Stellungnahme der Verwaltung:

- Zu 1. In den letzten 5 Jahren sind 151 Spielgeräte mit einem Wert zwischen 700 Euro und 40.000 Euro entfernt worden.
- Zu 2. Davon sind 72 Spielgeräte mit einem Wiederbeschaffungswert von 460.000 Euro nicht ersetzt worden.

Günther



Anfrage zum Nachversand

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

41

Dez IV

Produkt

1.25.2511.07

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2011

Text:

Wir bitten um Darlegung der geplanten Projekte, Maßnahmen, Veranstaltungen etc., die im Rahmen des Produkts 1.25.2511.07 „Erinnerungskultur/Gedenkstättenkonzept“ in 2010 durchgeführt und 2011 durchgeführt werden sollen.

Aus welchen Gründen ist es zu einer Kürzung in Höhe von rund 162.000 Euro gegenüber dem Ansatz in 2009 von 237.470 Euro auf für 2011 nur noch veranschlagte 75.938 Euro gekommen?

Ferner bitten wir um Aufzählung der Projekte, Maßnahmen, Veranstaltungen etc., die im Jahre 2009 im Rahmen dieses Projekts gefördert wurden.

Beantwortung:

Zu 1: Im Rahmen des Produkts wurden im Jahr **2010** folgende Maßnahmen umgesetzt:

- kontinuierliche organisatorische Betreuung der Gedenkstätte KZ Außenlager Schillstraße (obligatorisch)
- Betreuung der Ehrengräber (obligatorisch)
- Lesung und Konzert zum 27. Januar,
- Unterstützung Stolpersteinpräsentation und Verlegung,
- Durchführung Auctor-Tag 12. August,
- Verlegung Bodenplatte auf dem Platz der Deutschen Einheit am 1. Oktober,
- Herausgabe Publikation „Die Nacht, in der die Bomben fielen“ zum 14. / 15. November,
- Vortragsveranstaltung zum 9. November,
- Konzept Ausweisung wichtiger Gedenkorte im Stadtgebiet.

Für **2011** sind vorbehaltlich der verfügbaren Haushaltsmittel neben den obligatorischen Aufgaben (s.o.) bislang folgende Projekte vorgesehen:

- Schultheaterveranstaltung zum 27. Januar,
- Relaunch Internetportal Vernetztes Gedächtnis,
- Unterstützung Stolpersteinpräsentation und Verlegung
- Aufstellung von max. zwei Tafeln an Gedenkstätten gemäß Gedenkstättenkonzept,
- Ergänzung von Tafeln im Außenbereich Gedenkstätte Schillstraße,
- 2. Auctor-Tag am 23. August.

Zu 2 und 3: In den Jahren 2007 bis 2009 wurde das Sonderprojekt „**Software der Erinnerung**“ konzeptioniert und geplant und nach der Präsentation der Entwürfe im Jahr 2009 mit der Herausgabe einer Publikation abgeschlossen. Eine Umsetzung der Entwürfe konnte aus finanziellen Gründen (fehlende Drittmittel) nicht erfolgen. Darüber hinaus wurden aus aktuellem Anlass zusätzlich zu den jährlich wiederkehrenden Projekten die Veranstaltungsreihe „20 Jahre Mauerfall“ sowie das Zeitzeugenprojekt „Bombardierung 14./15. Oktober 1944“ durchgeführt.

Zur Umsetzung dieser Sonderprojekte war ein höherer Personaleinsatz erforderlich, der sich in den Produktkosten entsprechend niedergeschlagen hat.

Im Jahr 2011 wird ein Programm analog des Umfangs und der Qualität des Vorjahres sichergestellt, so dass die Erinnerungskultur in ihrer Präsenz und Bedeutung in keiner Weise beeinträchtigt ist.